

# Voller Erfolg

Der 65. Deutsche Mietertag 2013 in München war erfolgreich. Unsere Botschaft „Für bezahlbare Wohnungen – für ein gerechtes Mietrecht“ ist angekommen. Das Medienecho war ausgesprochen gut.

Noch wichtiger: Unsere Botschaft ist auch bei denjenigen angekommen, die die Wohnungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen bestimmen. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) hat in seiner Rede auf dem Mietertag klar dargestellt, was zu tun ist, um die vielfältigen Probleme rund um die Wohnungen in den Großstädten in den Griff zu bekommen. Zusammen mit seinen Bürgermeisterkollegen in Berlin, Hamburg, Köln und Frankfurt hat er im Vorfeld des Mietertages bereits an die Bundesregierung appelliert, deutlich mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Der Deutsche Städtetag steht voll auf der Seite seiner fünf Mitglieder.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sieht in der Wohnungs- und Mietenpolitik ein ganz zentrales politisches Thema. Das von ihm und seiner Partei erarbeitete Aktionsprogramm für bezahlbare Wohnungen stimmt in seinen Analysen und Forderungen an vielen Stellen mit den Vorstellungen des Deutschen Mieterbundes überein. So hat die SPD etwa die Forderung des Mieterbundes übernommen, die rasant steigenden Wiedervermietungsmieten bei zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu kappen. In ihren Wahlprogrammen greifen auch Grüne und Linke zentrale Vorschläge des Deutschen Mieterbundes auf.

Selbst die Redner von CDU und CSU deuteten an, dass sie sich bei diesem zentralen Thema bewegen. Die bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk (CSU) hält es für erforderlich, dass die Wiedervermietungsmieten begrenzt werden. Auch bei der Maklerprovision sieht sie Handlungsbedarf.



**Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes**

Im Bundesbauministerium ist man mittlerweile davon überzeugt, dass der soziale Wohnungsbau weiter erforderlich ist. Rainer Bomba (CDU), Staatssekretär im Bundesbauministerium, berichtete beim Mietertag darüber, dass das Bauministerium mit dem Finanzministerium über die weitere Förderung im Clinch liegt. Die Fachleute im Bauministerium wollen den sozialen Wohnungsbau auch über das Jahr 2014

hinaus mit mindestens 518 Millionen Euro fördern. Selbst über eine Erhöhung der Fördermittel denkt man dort nach. Der Finanzminister möchte die Förde-

rung des sozialen Wohnungsbaus jedoch so schnell wie möglich komplett streichen.

Das Thema Wohnungs- und Mietenpolitik ist bei den Entscheidungsträgern in Bund, Ländern und Kommunen angekommen. Lange war die Wohnungspolitik von Desinteresse, Gleichgültigkeit, Passivität und Fehleinschätzungen geprägt. Spätestens seit den letzten Oberbürgermeister- und Landtagswahlen sind die wohnungspolitischen Themen jetzt wieder in den Fokus der Parteien gerückt.

Der Wandel in der Politik war längst überfällig. Der Deutsche Mieterbund verlangt und erwartet nun aber auch, dass die in den Reden der Politiker und in den Parteiprogrammen skizzierten Vorhaben auch tatsächlich umgesetzt werden. Wir werden den Prozess kritisch begleiten und befördern.

**„Unsere Botschaft ist angekommen“**